

Fachausschuss Soziale Berufe und Bürgerschaftliches Engagement

–at– Von der frühkindlichen Betreuung bis hin zur Altenpflege beschäftigt sich der Fachausschuss Soziale Berufe und Bürgerschaftliches Engagement unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Ivo Züchner mit allen Fragen rund um das Thema Personal in sozialen Einrichtungen und Diensten: Gewinnung und Bindung von Fach- und Assistenzkräften, Berufszugang, Aus- und Weiterbildung, Karriere- und Wechsellmöglichkeiten, Anforderungen und Entlastungsmöglichkeiten, Strategien zur Steigerung der Attraktivität sozialer Berufe insgesamt sowie Zusammenspiel von Haupt- und Ehrenamt sind wiederkehrende Themen, die — teils bezogen auf ein konkretes Berufsfeld, teils berufsfeldübergreifend für die Kinder- und Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und Pflege — im Fachausschuss bearbeitet werden.

Zuletzt widmete sich der Fachausschuss schwerpunktmäßig dem Fachkräftemangel im Feld sozialer Berufe und erörterte Strategien, die sich — ggf. in angepasster Form — berufsfeldübergreifend übertragen lassen könnten. So stellte in der Sitzung vom 24. Februar 2024 Prof. Dr. Ingrid Darmann-Finck das von der Forschungsgruppe Rothgang entwickelte und seit Juli 2023 gesetzlich verankerte System der Personalbemessung in der stationären Langzeitpflege¹ vor, das die bislang geltende Fachkraft-Assistenzkraft-Quote ablöst und durch ein differenziertes, an den Pflegegraden der Bewohner/innen orientiertes Personalbemessungssystem ersetzt. Pflegeheimen wird so ermöglicht,

zusätzliche ausgebildete Assistenzkräfte einzusetzen und zu refinanzieren. Damit kommen, so jedenfalls die Theorie, zusätzliche Hände und Köpfe ins System, was bei gleichbleibender Anzahl der Fachkräfte zu einer besseren Versorgung führen kann, wenngleich sich die Fachkraft-Assistenzkraft-Quote damit verschlechtert. Dieses kriterienbasierte Personalbemessungssystem in der Langzeitpflege bietet, so zeigte sich in der Diskussion, interessante Ansätze auch für die Kinder- und Jugendhilfe sowie für die Eingliederungshilfe, wenngleich eine einfache Übertragbarkeit von den Mitgliedern des Fachausschusses eher verneint wurde.

Für das Feld der Kindertagesbetreuung lieferte Prof. Dr. Kirsten Fuchs-Rechlin einen aktuellen Überblick über Flexibilisierungsregelungen der Länder in Bezug auf deren Fachkraft-Kind-Schlüssel und Fachkräftekataloge unter dem Druck des Personalmangels.

In der Sitzung vom 7. Mai stellte Jasmin Rocha (DRK Generalsekretariat) die in Zusammenarbeit mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung erstellte Studie „Vor dem Kollaps!? — Beschäftigung im sozialen Sektor“² vor. Dr. Christine Gmeiner-Teubner (Arbeitskreis Kinder- und Jugendhilfestatistik) lieferte vertiefende Daten und Prognosen zur Personalsituation in der Kinder- und Jugendhilfe, basierend auf dem aktuellen Kinder- und Jugendhilfereport, Zahlen der Bundesagentur für Arbeit sowie eigenen Schätzungen.

Es braucht dringend alle Bemühungen, so lassen sich die Vorträge und Diskussionen zusammenfassen – berufsfeldspezifisch ebenso wie berufsfeldübergreifend –, und gleichwohl werden alle Bemühungen voraussichtlich nicht reichen, um das jetzige Niveau sozialer Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Um eine ehrliche und an der Realität des Personalmangels orientierte Aufgabenkritik werden öffentliche und freie Träger nicht herumkommen.

Auch mit Fragen des Berufszugangs, der Qualifikation sowie der Qualitätssicherung von Ausbildungen beschäftigte sich der Fachausschuss Soziale Berufe und Bürgerschaftliches Engagement. So erläuterte Prof. Dr. Verena Klomann die Funktionsgeschichte der staatlichen Anerkennung für B.A. Soziale Arbeit/Sozialpädagogik und stellte die derzeit sehr unterschiedlichen landesrechtlichen Regelungen in einem detaillierten Ländervergleich dar. Auch angesichts der darüber hinaus zusätzlich noch unterschiedlichen Vergabepaxis von Hochschulen sei jedenfalls für Studierende und Studieninteressierte aktuell der Stellenwert der staatlichen Anerkennung nicht nachvollziehbar. Einem klar definierbaren Kompetenzzuwachs entspreche noch am ehesten das ursprüngliche und inzwischen nur noch selten praktizierte Modell der Verleihung der staatlichen Anerkennung nach einer dem Studium nachgelagerten Praxisphase und anschließender Prüfung. Dieses Modell gerate aber zunehmend unter Druck und werde von

1 Nähere Informationen zur Personalbemessung in der stationären Langzeitpflege finden sich auf der vom BMG verantworteten Seite des Pflegenetzwerkes Deutschland: <https://pflegenetzwerk-deutschland.de/faq-das-neue-personalbemessungsverfahren-in-der-langzeitpflege> (8. Juli 2024).

2 Vgl. IAB-Forum März 2024: www.iab-forum.de/krise-im-sozialen-sektor-das-groesste-risiko-ist-dass-grundlegende-leistungen-der-sozialen-daseinsvorsorge-wegbrechen/ (8. Juli 2024).

den betroffenen Studierenden eher als zusätzliche Belastung und Diskriminierung gegenüber anderen Studierenden wahrgenommen. In der Diskussion kristallisierte sich die Anregung für die Kultusministerkonferenz (KMK) heraus, über andere (ggf. kongruentere und wirksamere) Qualitätssicherungsinstrumente nachzudenken oder zumindest die Praxis der staatlichen Anerkennung für Hochschulstudiengänge einheitlicher zu gestalten.

In Bezug auf das im Jahr 2021 von der KMK veröffentlichte Qualifikationsprofil Heilerziehungspflege berichtete Birgit Thoma (BAG Heilerziehungspflege) von ersten negativen Auswirkungen der Streichung pflegerischer Aufgaben und Kompetenzen, die aus Sicht der BAG HEP zu den Kernkompetenzen von Heilerziehungspfleger/innen gehören und auch weiterhin flächendeckend im Rah-

men der Ausbildung gelehrt werden sollten.

Bettina Redert (Bundesministerium für Gesundheit) berichtete zu den teils geplanten, teils bereits umgesetzten Reformen der Gesundheitsfachberufe. Gemeinsame Aspekte der Reformen sind die gesetzliche Verankerung der Abschaffung von Schulgeldzahlungen, die Einführung einer Ausbildungsvergütung sowie die vollständige (z.B. Hebammen, Logopädie) bzw. Teilakademisierung (Physiotherapie).

Ausgehend von den im vergangenen Jahr im Fachausschuss beratenen Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Verbesserung des Zugangs zu sozialen Berufen durch Freiwilligendienste berichtete Susanne Huth (involas GmbH) aus einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Studie zum Zugang bislang un-

terrepräsentierter Gruppen zu Freiwilligendiensten.

Weitere Themen, die den Fachausschuss in der Vergangenheit beschäftigt haben und weiter beschäftigen werden, sind die Vereinheitlichung von Assistenzbildungen, die Zunahme (überwiegend privatgewerblicher) Online-Studiengänge sowie die aktuelle Debatte um einen gesellschaftlichen und sozialen Pflichtdienst.

Von den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Deutschen Vereins haben außer den vollständig genannten zu dieser Ausgabe beigetragen:

-at- = Anna Traub
-hos- = Hans Hosten

Welchen politischen Einfluss haben Wohnungslose?



Perspektiven von Martina Pistor

Herausgegeben vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. und Lambertus-Verlag.
2024, 64 Seiten, kart., 11,25 €,
für Mitglieder des Deutschen Vereins 9,- €
ISBN: 978-3-7841-3680-6

Wohnungslose werden selten als politisch Handelnde adressiert. Ausgehend von Interviews mit jungen Wohnungslosen identifiziert Martina Pistor Mechanismen, die deren politische Partizipation verhindern. Sie diskutiert die Rolle Sozialer Arbeit und entwickelt Perspektiven, wie diese die politische Handlungsfähigkeit wohnungsloser Menschen stärken kann.

Bestellungen versandkostenfrei in unserem Online-Buchshop: www.deutscher-verein.de/buchshop